

nsprechstelle Nr. 22.
Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Mittwochs erfolgt Tag vorher nachm. 4 Uhr. Abonnement-Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pf., zweimonatlich 1 M., einmonatlich 50 Pf.

Einzelne Nummern 10 Pf.
Alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an.

Sonnabends.
Illustr. Unterhaltungsblatt.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königliche Amtsgericht, das Königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau,
sowie für den Stadtgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Vogler & Beumer Nachf. — Verantwortlicher Redakteur: Richard Walther, Schandau.

Tel.-Ahr.: Elbzeitung.

Inserate, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung sind: Dienstag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die gespaltene Corpuseite oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte nach Übereinkunft.)

Auswärts Inserate 20 Pf.
„Eingesckt“ u. „Reklame.“ 20 Pf. die Seite.

Bei Wiederholungen entsprechender Inserat.

Alle vierzehn Tage
„Landwirtschaftliche Beilage“

Inseraten-Nahmestellen: In Schandau: Expedition Baulenstraße 181; in Dresden und Leipzig: die Ammonen-Bureau von Haase & Vogler, Invalidenbank und Rudolf Mosse; in Frankfurt a. M.; G. L. Daube & Co.

Nr. 28.

Schandau, Sonnabend den 5. März 1910.

54. Jahrgang.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kaiser wird am Montag den 7. März mittags der Vereidigung der Marinerekruten der Nordseestation in Wilhelmshaven beiwohnen. Am 9. März gedenkt der Monarch mit dem Kriegsschiff „Deutschland“ einen Ausflug nach Helgoland zu unternehmen, von wo aus er sich dann nach Bremerhaven weiterbegibt.

Kaiser Wilhelm und König Eduard. Die Wiener „Allg. Zeit.“ die öfters als Sprachrohr maßgebender politischer Kreise in Wien benutzt wird, erklärt, aus vorzüglicher diplomatischer Quelle mitteilen zu können: Es hat sich in jüngster Zeit ein ebenso bedeutsames als hocherfreuliches politisches Ereignis vollzogen, das von besonderer Bedeutung für eine friedliche Entwicklung der Weltpolitik sein dürfte. Es ist nämlich gelungen, die verschiedenen Missverständnisse, die zwischen Kaiser Wilhelm und König Eduard bestanden haben, vollständig aufzuklären, und die persönliche Verständigung, die zwischen den beiden Monarchen vorlag zu befestigen. Die Reise des Prinzen Heinrich von Preußen und seiner Gemahlin nach England steht bereit in ursächlichem Zusammenhang mit dieser Wendung, denn Prinz Heinrich hat die Reise bereits nach Besichtigung der Spannung unternommen. Es ist wohl zweifellos, daß diese erfreuliche Tatsache auch auf die Politik der Staaten der beiden Monarchen nicht ohne Einfluß bleiben wird.

Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg wird seinen bis jetzt noch immer verschobenen Amtsbefehl am römischen Hofe, dem Vernehmen nach, im jetzigen Monat ausführen. Wenigstens weiß die römisch-österreichische „Tribuna“ mitzuteilen, daß der deutsche Reichskanzler in der Zeit zwischen 20. und 23. März in Rom eintrifft, daß selbst vier Tage verweilen und dann die Heimreise über Venedig antreten wird. Eine Bestätigung dieser Nachricht von zuständiger Seite liegt allerdings noch nicht vor.

Der Reichstag hat nun mehr selten neuen Präsidenten anstelle des verstorbenen Grafen Udo zu Stolberg-Wernigerode gekürt. Wie schon zu erwarten stand, wurde bei dieser am Dienstag vorgenommenen Erstwahl der konservative Abgeordnete Graf Schwerin-Löwitz durch allgemeinen Zuspruch zum neuen Vorsitzenden des Hauses proklamiert, womit der Reichstag sicherlich eine glückliche Hand bewiesen hat, denn Graf Schwerin-Löwitz wird von allen Parteien, auch von seinen politischen Gegnern, hochgeschätzt. Im weiteren Verlaufe der Dienstagsitzung brachte der Reichstag die allgemeine Debatte über den Ausgabeposten „Gehalt des Staatssekretärs“ mit der Genehmigung dieses Titels nach sechstägiger Dauer endlich zum Abschluß. Am Mittwoch nahm der Reichstag zunächst die Abstimmung über die 55 oder 56 zum genannten Ausgabeposten vorliegenden Resolutionen vor; die meisten derselben wurden angenommen. Dann entspann sich eine ziemlich lebhafte Debatte über die Luftschiffahrt, wogegen Resolutionen des Zentrums und der Nationalliberalen wegen Errichtung einer Reichsversuchsanstalt für Luftschiffahrt und Flugtechnik in Friedrichshafen den Anlaß gaben. Beide Resolutionen unterschieden sich lediglich dadurch, daß diejenige des Zentrums die projektierte Anstalt der Überleitung unter den Grafen Zeppelin unterstellt wissen will, während die nationalliberale Resolution betont, daß diese Anstalt nicht einzeitig der Zeppelinschen Unternehmung dienen solle. In der Debatte stellten sich sämtliche Redner aus dem Hause freundlich zu dem angeregten Plane der Errichtung einer Reichsversuchsanstalt für Luftschiffahrt in Friedrichshafen, welches Projekt auch vom württembergischen Ministerialrat Dr. von Köhler befürwortet wurde. Nur der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück äußerte eine Reihe von Bedenken in dieser Angelegenheit und erklärte schließlich, zunächst die bestillten Ressorts des Reiches Preußens und einzelner anderer Bundesstaaten zu vorbereitenden Besprechungen in der Sache zusammen rufen zu wollen. Die beiden Resolutionen wurden zuletzt einstimmig genehmigt. Im weiteren Fortgang der Spezialberatung des Staats des Reichsamtes des Innern wurden am Mittwoch eine Anzahl fernerer Ausgabeposten genehmigt, unter ihnen die Summe von 350000 Mark zur Förderung der deutschen Seefischerei und der Titel „Postdampferverbindungen mit Ostasien und Australien 609000 M.“ Am Donnerstag setzte der Reichstag diese Beratung fort.

Die Reichstagskommission für die Justizvorlagen lehnte am Mittwoch den sogenannten Beleidigungsparagraphen nach lebhafter Debatte ab.

In der Mittwochsitzung des preußischen Abgeordnetenhauses verbreitete sich der Handelsminister Sydow bei der Weiterberatung des Staats der Bergbau- und Salinenverwaltung in längeren Ausführungen über die Katastrophe in der Radbotgrube, hierbei namentlich die Ursachen dieser Katastrophe erörtert.

Österreich-Ungarn.

Dem Ministerium Bierer in Österreich haben die Tschechen trotz der Entlassung des deutschen Landsmann-Ministers Dr. Schreiner eine Art Misstrauensvotum erstellt. Am Mittwoch trat das Abgeordnetenhaus in die allgemeine Budgetdebatte ein, wobei Ministerpräsident Freiherr v. Biererth in längerer Rede erklärte, die Regierung sei fortgesetzt bemüht, die nationalen Gegenseite zu mildern, namentlich in Böhmen. Darauf nahm der Tschechensführer Dr. Kramář das Wort und gab die Erklärung ab, die slavische Union habe keinerlei Anlaß, ihre misstrauische Stellung gegenüber der jetzigen Regierung zu ändern. Da wird nun wohl Herrn v. Biererth nichts weiter übrig bleiben, als weiter Rota vor der slavischen Union und besonders vor den Tschechen zu machen! — Im österreichischen Herrenhause hält der ehemalige Minister Plechner am Mittwoch eine bemerkenswerte Rede zugunsten der Aufrechterhaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses und weiter des Dreibundes überhaupt. Weiter befürwortete Plechner die Herstellung eines möglichst guten Verhältnisses zwischen Österreich-Ungarn und Russland.

Frankreich.

In Frankreich droht ein großer Streik der Lokomotivführer, Helfer und Eisenbahnarbeiter auszubrechen. Die Streikbewegung hat ihre Ursache darin, daß die Lokomotivführer und Helfer der staatlichen Westbahn eine Gehaltserhöhung und andere Vorteile verlangen, worauf die Regierung anscheinend nicht eingehen will. Es wird zwar aus Paris gemeldet, der Minister der öffentlichen Arbeiten, Millerand, habe einer von ihm empfangenen Abordnung des Syndikates der Eisenbahngestellten befriedigende Erklärungen bezüglich der Fragen der Regelung der Arbeitszeit und der Ruhegehalte bei den Lokalbahnangestellten gegeben. Inbegriffen scheint der Konflikt hiermit noch nicht wieder beigelegt zu sein, da eine in Paris in der Mittwochnacht abgehaltene Versammlung von Lokomotivführern und Helfern beschlossen hat, stärker auf sämtliche Forderungen der Eisenbahngestellten zu verharren.

England.

Die gespannte politische Lage in England hat mit der Zustimmung des Unterhauses zu den Ankündigungen des Premierministers Asquith betrifft der Reform des Oberhauses zunächst eine Entspannung erfahren. Man glaubt, in politischen Londoner Kreisen allgemein, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten werden, bis auf weiteres eine neue Krise nicht mehr zu befürchten sei. — Die Liberalen können noch nachträglich einen wahlpolitischen Erfolg verzeichnen. Der liberale Vertreter für London-Ost, Benn war bei den jüngsten Veränderungen im Kabinett Asquith zum jüngeren Vorb. des Schatzamtes ernannt worden. Er mußte sich infolgedessen einer Neuwahl unterziehen, welche am 1. März vorgenommen worden ist; hierbei wurde Mr. Benn mit noch größerer Mehrheit als bei der Hauptwahl wiedergewählt.

Vokales und Sächsisches.

Schandau, den 4. März 1910.

* Latare, auch Rosenmontag oder Mittfasten genannt. Der Name „latare“ ist, wie auch die anderen Namen der Fastensonntage, der lateinischen Sprache entnommen, und bedeutet, daß wir uns freuen sollen. Diese Aufforderung hat indes nur Bezug auf das religiöse Leben und erklärt sich dadurch, daß Jesus an diesem Tage die 5000 Menschen gespeist und getrunkt haben soll (Ev. Joh. 6: „Da nun die Menschen das Brot sahen, das Jesus tat, sprachen sie: Das ist wahrlich der Prophet, der in die Welt kommen soll“). An diesem Tage weiht der Papst die Eugenbroste, die hervorragenden Frauen gewidmet zu werden pflegt. Daher der Name Rosenmontag. Mittfasten bedeutet: Mitte der Fasten.

Gebüsst für Einzahlungen an jedem Werktag vorm. von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr, Sonnabends durchgehend von 9—3 Uhr, für Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr.

Zinsfuß 3½ %.

* Die Königliche Amtshauptmannschaft veröffentlicht im amtlichen Teil des „Pirnaer Anzeigers“ eine Bekanntmachung betreffend Arbeiterzählung am 2. Mai. Wir machen Interessenten an dieser Stelle darauf aufmerksam.

* Die Sächsische-Böhmischa Dampfschiffahrts-Gesellschaft eröffnet ihren Betrieb auf der gesamten Strecke Leitmeritz-Mühlberg am 19. d. M.

* Die Schiffahrtsabgaben kommen! Zur Frage der Schiffahrtsabgaben meldet der „Vol. Anz.“ in einer offenbar offiziösen Notiz, daß die Verhandlungen der Bundesstaaten „auf dem besten Wege zu einer Verständigung“ sind. Trotz der starken Verständigung, die besonders zwischen Preußen einerseits und Sachsen und Baden andererseits in die Erscheinung trat, dürfte eine Einigung auf folgender Basis zustande kommen: Der anfangs in Erwägung gezogene Zwangsbeitritt zu den Zweckverbänden wird durch einen selbständigen, von der Mitwirkung des Bundesrats völlig losgelösten Zweckverband der Uferstaaten ersetzt. Die Frage der Stromunterhaltungskosten, die nach einem Vorschlage teilweise aus den Kassen für die Schiffahrtsabgaben bestritten werden sollen, ist noch nicht völlig erledigt, wird aber eine einmütige Antwort in kurzer Zeit finden. Das größte Hindernis stellt die Tariffestlegung dar. Hier hat Preußen, obwohl es in der Abstimmung durch seine Nebermacht leicht seine Wünsche hätte durchsetzen können, ein Opfer für die Versöhnung gebracht, indem es Staffeltarife grundsätzlich seine Zustimmung erzielte. Durch diese Tarife kommen die Binnenstaaten mit billigeren Sätzen fort, obwohl die Strombau- und Unterhaltungskosten für diese Flussteile nicht geringer sind als für die unteren Gebiete.

* Was ein Ladeninhaber wissen muß. 1. Ein Laden muß ohne Gefahr für das Publikum betreten werden können. Ein Ladenbesitzer hatte in seinem öffentlichen Laden in der Mitte eine nach unten führende Treppe. Durch diese kam eine Kundin zu Fall, weil sie die Treppe, die mit Waren verstopft war, im Eifer der Kaufverhandlungen nicht bemerkt hatte. Das Oberlandesgericht Düsseldorf erklärte den Ladenbesitzer für haftpflichtig. Es führte aus, derjenige, der in seinem Gebäude einen Verkehr für andere eröffnet, sei verpflichtet, Vorkehrungen zum gefahrlosen Verkehr zu treffen und zu unterhalten. Im vorliegenden Falle handelte es sich um einen sehr erheblichen Schaden. — 2. Kaufzwang. Es gibt gewiß eine ganze Anzahl von Kunden, die sich sehr schwer bedienen lassen; meist sind sie den Verkäufern schon bekannt, und diese richten sich von vornherein darauf ein. Aber selbst die größte Mühe des oder der Bedienenden ist oft ohne Erfolg, und der Kunde verläßt das Geschäft, ohne von den vielen vorgelegten Waren etwas nach seinem Geschmack gefunden zu haben. Da heißt es eben Geduld haben, ein großer Schaden erwächst dem Geschäft ja nicht, da solche Rörgler bei der Konkurrenz eben auch nichts Passendes finden. Ein Geschäftsmann, der seine Ruhé nicht bewahren konnte, glaubte nun für seine verlorene Zeit und Mühe eine Entschädigung verlangen zu können und zwang den Kunden zu einer kleinen Entschädigungszahlung. Der Fall kam vor Gericht und brachte dem Geschäftsmann eine empfindliche Strafe ein.

* Kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr findet im Hotel Lindenhof ein Vortrag des Herrn Obstbauwanderlehrers Oetliß statt. Das Thema, welches der Herr Referent behandeln wird, lautet: „Zweck und Ziele der Obstbauvereine“. Freunde und Anhänger des Obstbaus seines deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht. Im übrigen siehe auch Inserat.

* Vorigen Dienstag veranstaltete der Gesangverein „Liederkrantz“ seinen letzten Gesellschaftsabend in diesem Winter. Es war ein sehr schöner Abschluß. Nachdem 2 Konzertstücke verklungen, wurde die neue Operette für Männergesangvereine: „Die Wildbliebe“ aufgeführt. Die Dichtung ist von H. Pollak — sie ist außer den bloß gesprochenen Teilen in Versen gelehrt; die prächtige Musik hat Theob. Cursch-Bühren geschaffen. Mit diesem Werke ist eine gute Wahl getroffen worden. Es enthält außer selner packenden Komik auch einige Perlen der Melodik. Die launige, ca. 2 Stunden dauernde Darbietung fand bei den vielen Zuhörern lebhaften Beifall; war sie doch auch vom schönsten Gelingen gekrönt. Es hat viele, viele